
Das Interview

Wir haben unsere letzte, unsere große Stunde verpaßt"

Interview mit Karl van Berk zum „Preußenschlag“
am 20. Juli 1932*

Karl van Berk, geb. 1910 in Oberhausen/Alstaden, stammt aus einer Bergarbeiterfamilie: Sein Vater Heinrich und seine sechs Brüder waren wie er Bergleute. Von 1926 bis 1946 arbeitete er ununterbrochen als Schlepper und Kohlenhauer auf der Schachtanlage Westende in Duisburg-Meiderich. Dort wurde er am 4. April 1945 Vorsitzender des provisorisch gewählten Betriebsrats. Seit Juni 1946 war er Sekretär des Industrieverbandes Bergbau, zunächst in Duisburg-Hamborn, dann in der Hauptverwaltung in Bochum. Von 1950 bis 1956 war er Leiter des Bezirks Aachen der IG Bergbau. 1956 wurde er in deren Geschäftsführenden Vorstand gewählt und von 1969 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1971 war er 2. Vorsitzender der IG Bergbau und Energie. Er war Mitglied der Gründungsaufsichtsräte der Saarbergwerke (1957) und der Ruhrkohle AG (1969). Karl van Berk ist seit 1930 Mitglied der SPD.

Frage: Das Jahr 1932 wurde von Otto Wels, dem Vorsitzenden der SPD, als „Entscheidungsjahr“ bezeichnet. Es war ein Jahr mit einer Arbeitslosigkeit von über 6 Millionen, das Jahr, in dem die NSDAP stärkste Partei in Preußen wurde. Wie war nach Deiner Erinnerung die Situation zu dieser Zeit im Ruhrgebiet?

Antwort: Otto Wels hatte recht, als er voraussagte, das Jahr 1932 sei das Jahr der Entscheidung. Das hat die Geschichte bewiesen.

Wir hatten damals alle - mehr oder weniger - das Gefühl, daß etwas Besonderes im Gange war. Es fanden in dieser Zeit viele Konferenzen und Kundgebungen statt. Die Gründung der „Eisernen Front“ war vorausgegangen. In der Arbeiterbewegung war mehr Aktivität als vorher. Ich erinnere mich z.B. noch an eine große Kundgebung im Duisburger Stadion, veranstaltet von Reichs-

* Unter Berufung auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten erklärte Reichskanzler Franz von Papen am 20. Juli 1932 die amtierende preußische Regierung unter Ministerpräsident Otto Braun (SPD) und Innenminister Carl Severing (SPD) ihrer Ämter enthoben. Papen setzte sich zum Reichskommissar für Preußen ein und beauftragte den Oberbürgermeister von Essen, Bracht, mit der Leitung der preußischen Politik. Dieser Staatsstreich ist vielfach als der entscheidende Schritt auf dem Weg zum autoritären und diktatorischen Regierungssystem gedeutet worden. Die amtsenthobene Regierung Braun/ Severing leistete gegen den Preußenschlag keinen nennenswerten unmittelbaren Widerstand, sondern rief den Staatsgerichtshof an, der im Oktober 1932 die Reichsexekution für verfassungswidrig erklärte. Das Urteil konnte allerdings an der tatsächlichen Situation nichts mehr ändern.

banner, SPD und Freien Gewerkschaften. Es sprach auch Pietro Nenni, der Verfasser von „Im Todeskampf der Freiheit“ (1930), an der Seite von Albert Grzesinski darüber, wie die Faschisten arbeiten.¹ Ich erinnere mich sehr gut, wie Grzesinski vor den 40000 bis 50000 Menschen im Stadion mit den Diktaturparteien, den Kommunisten und den Nazis, abrechnete und durchblicken ließ, daß wir es langsam satt seien. Am Schluß sagte er: „Wenn schon in Deutschland diktiert werden muß, dann diktieren wir.“ Dafür bekam er den Beifall des ganzen Stadions.

Zur Stimmung im Bergbau: Wir verfuhrten damals viele Feierschichten. Es gab nicht nur sechs Millionen Arbeitslose; im Bergbau und in der Stahlindustrie wurde kurzgearbeitet - wir Bergleute nennen das Feierschicht. Ein- oder sogar zweimal in der Woche wurde nicht gearbeitet. Außerdem bedienten sich die Unternehmer einer ganz besonderen Niedertracht - man kann es wohl nur so nennen: Die Unternehmer, deren schwere Angriffe in der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie 1928 mühsam zurückgewiesen worden waren², hatten sich wieder etwas Besonderes ausgedacht.

Sie unterliefen die Anweisung, wonach man, wenn man mehr als 50 Leute entlassen wollte, die Genehmigung des Regierungspräsidenten brauchte, indem sie jeweils nur 49 Arbeitern kündigten. Am Ende des Monats sahen wir dann immer, wer auf der Liste stand. Das ging über 1 1/2 Jahre so, und das ging an die Substanz. Die besondere Niedertracht lag darin, daß die Unternehmensleitung meist ungefähr die Hälfte der Kündigungen wieder zurücknahm, in der Regel für die, die Einsprüche erhoben hatten. Die wurden dann wieder eingestellt, aber am Ende des Monats fing der Kreislauf erneut an. So wurden die Menschen stets unter Druck gehalten. Es brodelte manchmal in der Belegschaft wie in einem Dampfkessel. Ich arbeitete damals auf einem ausgesprochen „sozialdemokratischen Pütt“. Es waren auch christliche und kommunistische Kollegen im Betriebsrat - die Nazis spielten im Betrieb überhaupt keine Rolle. Aber auch dort merkte man, wie unsere Leute langsam in Wallung gerieten.

Alles in allem kann man aber wohl sagen, daß, obwohl die Nazis mehr Wählerstimmen bekamen, das Ruhrgebiet doch ziemlich immun war. So stand z. B. bei den letzten Betriebsratswahlen die Front gegen die Nazis: Zwar hatten

1 Pietro Nenni (1891-1980) war seit 1921 Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens, emigrierte 1926 nach Frankreich und strebte dort ab 1931 die Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten an, 1942 von der Gestapo verhaftet und an Italien ausgeliefert; nach seiner Befreiung aus der Internierung 1943 Generalsekretär der Sozialistischen Partei und Mitglied verschiedener Mitte-Links-Regierungen in Italien.

Albert Grzesinski (1879-1947), Metallarbeiter, SPD- und Gewerkschaftsfunktionär, 1925/26 Polizeipräsident von Berlin, 1926 bis 1930 preußischer Innenminister, 1930 bis 1932 wieder Berliner Polizeipräsident, 1933 Emigration in die Schweiz, später nach Frankreich und in die USA.

2 Von Oktober bis Dezember 1928 kam es zu einem schweren Lohnkonflikt, dem sogenannten Ruhreisenstreit, in der Eisenindustrie des nordwestlichen Ruhrgebiets. Die Arbeitgeber, die einen Schlichtungsspruch nicht anerkannten, sperren mehr als 200000 Arbeiter aus. Schließlich konnte der Konflikt durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers Severing beigelegt werden.

Christen und Sozialdemokraten Stimmen verloren und die Kommunisten Stimmen gewonnen; aber die Nazis waren bei diesen Wahlen ohne Bedeutung geblieben. Natürlich mußte man auch bei den Kommunisten Zweifel hegen und die bestätigten sich dann, als wir in der Zeitung lasen, daß Kommunisten und Nazis gemeinsam den sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun gestürzt hatten. Die Möglichkeit des Sturzes der preußischen Regierung war vorher in unseren Konferenzen schon zur Sprache gekommen, doch es herrschte allgemein die Einschätzung, daß ihre Gegner nicht in der Lage sein würden, etwas anderes an ihre Stelle zu setzen. Und es wurde der Schluß daraus gezogen, daß wir, solange eine sozialdemokratische preußische Regierung im Amt sei, hellwach sein müßten, damit eine politische Schmutzflut abgewehrt werden könne und wir zu neuen Ufern kommen könnten.

Frage: Am 20. Juli 1932 erklärte der Reichskanzler von Papen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung für abgesetzt. Wie hast Du den Verlauf dieses Tages in Erinnerung; was geschah an diesem Tag im Ruhrgebiet?

Antwort: Als die Nachricht kam, fiel mir sofort ein Satz von Carl Severing, dem damaligen sozialdemokratischen preußischen Innenminister, ein: „Ich weiche nur der Gewalt.“ Es war eigentlich für uns alle klar: Jetzt müssen wir uns wehren, dagegen müssen wir etwas tun. Darüber gab es an der Basis keine Diskussionen, jedenfalls nicht bei den Ruhrbergleuten und bei den Funktionären, die ich kannte. Ich war damals Distriktkassierer der SPD und Unterkassierer der Bergarbeitergewerkschaft, ich brachte den Kollegen die Gewerkschaftszeitung und war Reichsbannermann, so daß ich die Stimmung an der „Basis“ - bei solchen, die in Arbeit standen wie bei Arbeitslosen - ganz gut einschätzen konnte. Als die Nachricht über den Staatsstreich aus Berlin über Kuriere kam - und ich war selbst Kurier -, haben wir den Kollegen natürlich gesagt: „Haltet Euch bereit.“ Die Funktionäre und andere Kollegen (an diesem Tag gab es wieder eine Feierschicht und die Kollegen der Schachanlagen Concordia, Alstaden und Westende arbeiteten nicht) sammelten sich im Gewerkschaftshaus in Oberhausen. Das Gewerkschaftshaus war bald überfüllt, so daß wir auch den Keller mit nutzen mußten.

Heinrich Jochem, unser Gewerkschaftssekretär in Oberhausen, Arnold Rademacher, von uns der Eisenbahner-Rademacher genannt, und auch Hermann Albertz, der Vater der späteren Oberbürgermeisterin von Oberhausen, Luise Albertz, hielten Kontakt mit den verschiedenen Gewerkschaftsstellen. Wir warteten auf die Dinge, die da kommen sollten. Wenn der Befehl zum Losschlagen gekommen wäre, hätte nicht mehr viel gesagt werden müssen: Wir hätten sofort den Verkehr lahmgelegt. Arnold Rademacher sagte: „Wenn es sein muß, läuft bei der Eisenbahn kein Rad mehr rund.“ Wir hätten die Stra-

ßenbahnen, die Kraftwerke, die Post stillgelegt - und das war sehr realistisch. Außerdem hatte man uns gesagt, daß wir rechtzeitig Waffen bekommen würden. Ich befand mich damals als Einundzwanzigjähriger in einer Runde von Kollegen, von denen viele im Krieg gewesen waren und notfalls eine Kanone hätten bedienen können.

Soweit dachten wir allerdings gar nicht. Wir glaubten, ein Teelöffel voll Generalstreik müßte genügen, um die Regierung Braun/Severing wieder ins Amt zu bringen. Wir waren uns darüber im klaren, daß wir nicht fackeln durften und daß wir, wenn wir unser Ziel erreicht hätten, gründlich aufräumen müßten. Wir wußten nur zu gut, daß es den Nazis ernst war, wenn sie von der „Nacht der langen Messer“ sprachen oder wenn Goebbels sagte: „Wir sind legal bis zur letzten Galgensprosse, aber gehenkt wird doch.“

Heinrich Jochem rief also am 20. Juli schließlich die Zentrale des Bergarbeiterverbandes in Bochum an, die wiederum mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) in Berlin in Verbindung stand. Jochem fragte beunruhigt nach, ob sich denn überhaupt nichts tue. Die Leute stünden bereit und warteten auf ein Zeichen. Aber auf dieses Zeichen warteten wir vergeblich - bis morgens um drei Uhr. Es ist für mich unvergeßlich, wie niedergeschlagen und enttäuscht wir waren. Wir gingen in gedrückter Stimmung nach Hause. Ich weiß noch, daß ich zusammen mit einem älteren Funktionär ging. Er sagte auf dem Heimweg: „Karl, jetzt ist es aus für uns, jetzt haben die Nazis gemerkt, daß unsere Führung Angst hat. Jetzt werden sie uns erst die Organisation kaputt schlagen und dann uns selbst.“

Ich habe den „Preußenschlag“ kurz darauf sozusagen in einer zweiten Auflage erlebt: Ich hatte eine Einladung zu einem Seminar des ADGB in die Bundeschule in Berlin-Bernau erhalten (Diese Schule hat Hitler übrigens ein paar Jahre später schändlicherweise als SS-Schule „eingeweiht“; noch später wurde sie dann Partei- bzw. Gewerkschaftshochschule von SED bzw. FDGB.) Ich will noch eine Episode vorweg erwähnen. Ich mußte zu diesem Zweck Urlaub beantragen. Der Leiter unserer Zechenanlage ließ mich zu sich kommen und sagte zu mir: „Sie sind wohl noch nicht vom Zeitgeist erfaßt. Wie können sie heutzutage noch zu einer Gewerkschaftsschulung fahren; der Zug ist doch abgefahren. Die Zeiten sind vorbei, in denen Arbeiter Minister oder Gewerkschaftssekretäre werden konnten.“ Ich antwortete: „Ich möchte mich weiterbilden; ich weiß zwar, daß die Gefahr besteht, daß ich entlassen werde, wenn ich zurückkomme. Aber darauf lasse ich es ankommen.“ Seine wütende Antwort: „Wir machen nicht in der Rache des kleinen Mannes. So lange ich etwas zu sagen habe, passiert das nicht. Ich will dem Bildungsstreben der Arbeiter nicht im Wege stehen.“ Das wollte ich hören. Ich wußte, daß ihm als Erzkonserverativen die Nazis auch nicht paßten.

Ich fuhr also nach Bernau, obwohl meine Mutter mich gewarnt hatte, daß Wäsche und Kleidung für einen solch langen Aufenthalt nicht ausreichen wür-

den. Als Sprecher unseres Lehrgangs in Bernau wählten wir Samuel Rogalsky, damals Betriebsratsvorsitzender der Zeche „Consolidation“ (kurz Consol genannt) und nach 1945 Gewerkschaftssekretär in Gelsenkirchen. Der „Preußenschlag“ war allen Teilnehmern, die aus sämtlichen Bergbaugebieten Deutschlands kamen, noch frisch in Erinnerung. Wir haben mehrfach darüber diskutiert, warum Serving nicht auf den berühmten Knopf gedrückt habe. Wir wurden in Bernau von der Schulleitung und von den führenden Funktionären darauf hingewiesen, daß die Risiken zu groß gewesen seien. So nahm der Leiter der Schule, Professor Seibach, eine grundsätzlich andere Haltung ein. Ihm wird nachgesagt, daß er zwei Parteibücher gehabt haben soll oder daß er doch zumindest für eine Verbindung zwischen Gewerkschaften, General Schleier und dem Strasser-Flügel der NSDAP geworben haben soll.³ Aber auch die anderen „Prominenten“, die unseren Lehrgang besuchten -z.B. Clemens Nörpel, Willy Eggert, Franz Spliedt, Fritz Husemann⁴ - nahmen einen vorsichtigen Standpunkt ein. Sie waren der Meinung, daß ein Generalstreik oder Widerstand gegen den Staatsstreich Papens ein Blutbad bedeutet hätte. Vielleicht spielte auch die Furcht eine Rolle, daß den Sozialdemokraten bei einem Generalstreik die Führung entglitten wäre und die Kommunisten die Führung übernommen hätten. Wir sahen diese Gefahr nicht. Ich habe viele kommunistische Gewerkschafter kennengelernt, die nicht nur und ausschließlich „moskauhörig“ waren.

Zu unserem Schulungsprogramm in Bernau gehörte auch ein Besuch des Reichstags. Dort wurden wir von Philipp Scheidemann, Toni Sender und dem Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten Ebert⁵ begrüßt. Es berührte mich eigenartig, daß sie nur über ihre Parlamentsarbeit, ihre Ausschußtätigkeit und ähnliche Routinedinge sprachen und so taten, als sei nichts geschehen, obwohl Göring schon Reichstagspräsident war und diese Funktion bereits zu verschiedenen antiparlamentarischen und -republikanischen Aktionen mißbraucht hatte. Über den „Preußenschlag“ also wurde nicht gesprochen; es wurde eher der Anschein erweckt, als laufe alles in normalen Bahnen weiter.

Frage: Du hast geschildert, wie Du den 20. Juli erlebt hast. War es nach Deiner Kenntnis in anderen Teilen des Ruhrgebiets oder im Reich auch so, oder gab es Unterschiede?

3 Zu den Gerüchten über eine „Querfront“ von Teilen der Nationalsozialisten bis hin zu den Freien Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik s. den Beitrag von Henryk Skrzypczak in diesem Heft, Seite 465B.

4 Clemens Nörpel (1885-1938) war der Betriebsrätefachmann des ADGB; Willy Eggert (1880-1938) war seit 1931 stellv. Vorsitzender des ADGB; Franz Spliedt (1877-1963) war damals Sekretär im ADGB-Bundesvorstand; Fritz Husemann (1873-1935) war seit 1919 Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes.

5 Philipp Scheidemann, SPD, (1865-1939) war 1919 Reichskanzler, 1920 bis 1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1920 bis 1933 Mitglied des Reichstags; Toni Sender, USPD/SPD (1888-1964) gehörte zum linken Flügel der SPD und war Redakteurin der Zeitschrift „Frauenwelt“; Friedrich Ebert jun. (1894-1979) gehörte damals dem Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion an.

Antwort: In Bernau gab es nicht einen Schulungsteilnehmer, der nicht davon überzeugt gewesen wäre, daß man auf den Knopf hätte drücken müssen. Allerdings hat - wie schon erwähnt - die Schulleitung und haben auch die führenden Funktionäre, die dort waren, einen grundsätzlich anderen Standpunkt eingenommen - sie konnten uns damit jedoch nicht überzeugen. Ich muß fairerweise zugeben, daß ich nicht weiß, wie die Lage z. B. in Ostpreußen war; ob auch dort Widerstand möglich gewesen wäre. Aber die Berliner Kollegen haben uns bestätigt, daß sie unserer Auffassung waren. Hitler hat einmal hämisch gesagt: „Die große, stolze deutsche Arbeiterbewegung kann jetzt nur zwei Dinge tun: sich schämen und schweigen.“ Heimlich und zähneknirschend haben wir zugeben müssen, daß er in diesem Punkt recht hatte. Als wir vom heldenhaften Widerstand der österreichischen Sozialdemokraten hörten, da wußten wir zwar, daß sie nicht hatten siegen können, aber sie waren jedenfalls mit Anstand untergegangen.

Ich will noch eine Erinnerung aus der Zeit nach 1945 anschließen: Bei der ersten Betriebsrätekonferenz des Ruhrbergbaus nach dem Kriege im „Parkhaus“ in Bochum war Carl Severing anwesend. Mir fielen dabei die Ereignisse am Ende der Weimarer Republik wieder ein. Ich war verblüfft, mit welcher Selbstsicherheit er auftrat. Erstaunlicherweise gab es gegen ihn keinen Protest - auch nicht von den Kommunisten. Sein Auftreten war eben respekt einflößend. Als wir dann später im Kreise alter Sozialdemokraten zusammensaßen, spürte man doch eine gewisse Kritik an der Haltung Severings in der Endphase der Weimarer Republik. Ich will es einmal so sagen: Carl Severing war ein bedeutender Arbeiterführer, er hatte allerdings den großen Fehler begangen, im entscheidenden Moment nicht zu handeln - er konnte - um es so auszudrücken - „kein Blut sehen“. Ich meine, daß damals, 1932, als bereits Menschen auf den Straßen erschossen wurden, nichts mehr half. Da konnte man nicht mit der Verfassung unter dem Arm zum Reichsgerichtshof laufen.

Frage: Du hast das Risiko, was den Widerstand am 20. Juli 1932 betraf, bereits angedeutet, z. B. das eines Bürgerkriegs, und man konnte es damals ja noch nicht gegen die Folgen des Zweiten Weltkrieges abwägen.

Antwort: Der Krieg war nicht vorauszusehen; aber ich habe während eines Wahlkampfes in den 30er Jahren Plakate geklebt, auf denen stand: „Was bedeutet Hitlers Sieg? Inflation und Krieg!“ So ganz habe ich das damals auch nicht geglaubt, aber daß Hitler ein sehr gefährlicher Mann war, war klar. Zum Thema Bürgerkrieg: Ich habe schon gesagt, daß ich nicht weiß, wie damals die Lage z. B. in Königsberg war. Ich bin davon überzeugt, daß wir im Ruhrgebiet, in Köln, in Berlin einen Generalstreik zustande gebracht hätten, der die Regierung Braun/Severing wieder ins Amt gebracht hätte. Die Nazis wären dann nämlich zurückgeschreckt. Sie hatten ja keineswegs die Sympathie

aller. Die große Frage wäre gewesen, wie man nach dem Eintritt von Braun/Severing ins Amt die Gesamtlage hätte bereinigen können. Darauf habe ich keine Antwort. Sicher ist wohl, daß man dann nicht nur mit verfassungsmäßigen Mitteln hätte vorgehen können. Das hätten wir eben durchstehen müssen. Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß die Arbeiterschaft nach wie vor zu uns stand und nur darauf wartete, daß die Fahne wieder einmal aufgerichtet würde, daß nicht nur immer Kompromisse geschlossen wurden und zurückgewichen wurde. Ein Generalstreik hätte die Nazis in die Knie gezwungen. Es gibt Situationen, in denen man einfach das Herz in die Hand nehmen muß.

Frage: Du hast ein paarmal die Rolle der Kommunisten erwähnt. Könntest Du dazu noch etwas mehr sagen.

Antwort: Lenin, Stalin und später Ulbricht haben immer wieder gesagt, daß der eigentliche Feind der Arbeiterklasse der Sozialdemokratismus sei und an dieser Einstellung der Kommunisten hat sich bis heute eigentlich nichts geändert. Das ist die eine Feststellung. Das andere ist, daß uns kommunistische Kollegen im Betrieb oft genug gefragt haben: „Warum gehen wir nicht geschlossen gegen die Nazis vor?“ Das war in der Praxis nicht zu machen. Wir hatten ja miterlebt, daß die Kommunisten in Preußen die Regierung Braun/Severing mitgestürzt hatten, obwohl sie hätten wissen müssen, daß nicht etwa sie, sondern die Nazis das Ruder übernehmen würden. Sie gingen offensichtlich davon aus, daß nach einem kurzen Gastspiel der Nazis ihre große Stunde kommen würde.

Auch das Verhalten der Kommunisten bei den damaligen wilden Streiks war bezeichnend: Da wurde z. B. einmal der Betriebsratsvorsitzende unserer Zeche von der Polizei abgeführt, weil die Kommunisten ihm übelwollten. Brüderlich war das nicht. Man denke auch an die Reichspräsidentenwahl 1925, bei der die Kommunisten an ihrem Kandidaten Ernst Thälmann festhielten oder an den von Nazis und Kommunisten gemeinsam getragenen Streik der Berliner Verkehrsbetriebe von 1932⁶. Sicher waren etliche Kommunisten an der Basis ehrliche Leute. Andere gehorchten den Befehlen von oben und versuchten, z. B. wilde Streiks auszulösen. Wenn das nicht klappte, was meistens der Fall war, wurden diese Leute entlassen und damit hatten die Kommunisten ihre besten Leute im Betrieb verloren. Das war eine überaus dumme Taktik. Alles in allem: Die Kommunisten gehörten zu denen, die zur Zerstörung der Weimarer Demokratie beigetragen haben.

⁶ Bei der Wahl des Reichspräsidenten 1925 verzichtete die KPD auch im zweiten Wahlgang nicht auf die Kandidatur Thälmanns; Paul von Hindenburg wurde mit relativ knapper Mehrheit gewählt, der Zentrumskandidat Wilhelm Marx, der auch von der SPD unterstützt wurde, unterlag. Thälmann erhielt rd. 2 Mio. Stimmen.

Frage: Warum ist am 20. Juli 1932 schließlich und endlich kein Widerstand geleistet worden? Wäre das die letzte Möglichkeit zum Widerstand gewesen?

Antwort: Es ist nicht einfach, darauf eine schlüssige Antwort zu geben. Die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzenvertreter standen auf dem Boden der Verfassung, sozusagen bis zur letzten Konsequenz. Sie gingen bis zuletzt davon aus, daß die anderen schließlich doch nur daherredeten und nicht handeln würden. Sie konnten sich einfach nicht vorstellen, welche Art von Verfassungsfeinden das waren, die sogar bereit waren, über Leichen zu gehen. Menschen, die sich in der Arbeiterbewegung hochgearbeitet hatten, die eine humanistische Gesinnung hatten, deren Ruf „Freundschaft“ war, die konnten sich so etwas nicht vorstellen. Sie haben nicht geglaubt, daß die Verfassungsgegner so weit gehen würden. Das ist nach meiner Auffassung eine der wichtigen Ursachen dafür, daß am 20. Juli 1932 nicht Widerstand geleistet wurde.

Zur zweiten Frage: Der 20. Juli 1932 war tatsächlich die letzte Möglichkeit. Als Hitler Reichskanzler wurde, waren die Dämme bereits gebrochen. Da herrschte auch schon eine gewisse Gleichgültigkeit bei unseren Mitgliedern. Ich habe noch bis Mai 1933 Beiträge kassiert und weiß, daß es immer schwerer wurde. Am 20. Juli haben wir auf das Zeichen gewartet. Wir hätten die Situation nützen können und *müssen*. 1932 wäre nach meiner Auffassung ein Generalstreik möglich gewesen, den wir perfekt zustandegebracht hätten. Damit hätten wir es ihnen schwer gemacht - denn sie hätten als erste schießen müssen. Wir haben unsere letzte, unsere große Stunde verpaßt. Ich glaube, wir hätten vieles aufhalten und damit ändern können.**

** Das Interview mit Karl van Berk führte Hans O. Hemmer.